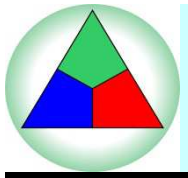


Kap. 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung – keine Armut

Rogall

2016

Prof. Dr. Holger Rogall

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

17.1 Einführung - Situationsanalyse

17.2 Die wichtigsten Sozialsysteme in Deutschland

17.3 Entwicklungstendenzen, Probleme, Lösungsansätze

Ziel des Kapitels: Vermittlung der Grundlagen der Sozialpolitik

Stand: 19.07.2015

Sozialpolitik* - Entwicklung

1) Unmittelbare soziale Sicherungssysteme

Schutz durch:

Familien, partiell durch Dorfgemeinschaften,

nach der Christianisierung unterstützt durch die Kirche.

➔ Begrenzte Wirkung, z.B.

a) Nomadenvölker ließen ihre alten Menschen zurück Inuit, Aborigines,

b) materielle Unterstützung der Dorfgemeinschaft blieb gering.

* *Sozialpolitik:* S. bezeichnet alle Maßnahmen des Staates, die auf die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen wirtschaftlich schwacher Bevölkerungsgruppen abzielen und bestehende soziale Gegensätze mindern.

Sozialpolitik - Entwicklung

2) Staatliche soziale Sicherungssysteme:

Einführung im 19. Jh. in Europa als Reaktion auf die Arbeiterbewegung (da in der industrielle Revolution die traditionellen Sicherungssysteme zerstört wurden).

a) Zunächst nach **Kapitaldeckungsprinzip**

b) Nach 2. WK **Generationenvertrag**

➔ Partizipation der nicht-Erwerbstätigen an Einkommenserhöhung der Erwerbstätigen.

Sozialpolitik - Entwicklung

Rogall

2016

- **Nach dem 2. Weltkrieg** Konsens über die Bedeutung der sozialen Sicherungssysteme. Marktprinzipien wurden wg. der mangelnden Vorsorge als unzureichend angesehen. Beteiligung an der Einkommensentwicklung (z.B. Rentner). Ziel: Soziale Teilhabe

- **Wandel** (1980er J.)**:** Arbeitslosigkeit, wirtschaftsliberale Dominanz:

  (1) Nur noch Sicherung des **Existenzminimums**

  (2) **Stärkere Selbstverantwortung** u. Selbstbeteiligung

  (Mindestversorgung durch Staat, ansonsten private Vorsorge,

  Argument: Sicherungssysteme = ökonomische Hemmnisfaktoren

  Abbau wurde als notwendig angesehen.

Bewertung

Wirtschaftsliberale Ökonomen übersehen:

- **Ohne Sicherungssysteme keine materielle Freiheit**
- **Soziale Sicherheit = zentrale Errungenschaft der sozialen Demokratie**
- **kein Ballast, sondern elementares Band der gesellschaftlichen Zusammengehörigkeit (Kohäsion)**
- Allerdings muss sich die Höhe der Sozialleistungen an der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft orientieren.

Demografische Entwicklung - Gefahren

1) In den Schwellen- und Entwicklungsländern:

Bevölkerungswachstum

Die Menschheit benötigte fast zwei Millionen Jahre (seit ihrer Entstehung) bis sie etwa 1804 auf **eine** Mrd. Menschen angewachsen war.

Im Jahr 1927 waren es bereits zwei Mrd. (123 Jahre),

1960 drei Mrd. (33 Jahre).

Seit dem wächst sie alle **13-14 Jahre um eine weitere Mrd**.

(1974: 4 Mrd.; 1987: 5 Mrd.; 1999: 6 Mrd.; ca. 2013: 7 Mrd.; ca. 2027: 8 Mrd.; DSW 2005/03)

Demografische Entwicklung

Bewertung: Ohne eine **Stabilisierung der Erdbevölkerung** (langfristig Absenkung) können die Ziele der NaÖk nicht erreicht werden.

Bis zur Stabilisierung benötigte **Europa** 200 J.,

Ursachen: Erhöhung des Lebensstandards, gesellschaftl. Wandel, moderne Verhütungsmethoden. ➔ relativ konfliktfreie Entwicklung.

➔ **Schwellen- u. Entwicklungsländer** benötigen Bevölkerungspolitik. Probleme: Kinder stellen die Altersvorsorge für die Menschen dar Vorbild: China und Vietnam („Ein- bzw. Zwei-Kind-Politik“).

Künftig positives Anreizsystem?: „Beschäftigung in der Wiederaufforstung der Erde und Zwei-Kind-Familie“ (Modell Vietnam). Die Finanzierung könnte aus dem globalen Emissionshandel und den Abgaben auf die globalen Umweltgüter erfolgen.

Demografische Entwicklung

2) In den *Industrieländern Europas*, am Beisp. Deutschland*:*

V*eränderung des Altersaufbaus* der Gesellschaft (dargestellt in der Alterspyramide, die künftig eher einer Säule gleichen wird).

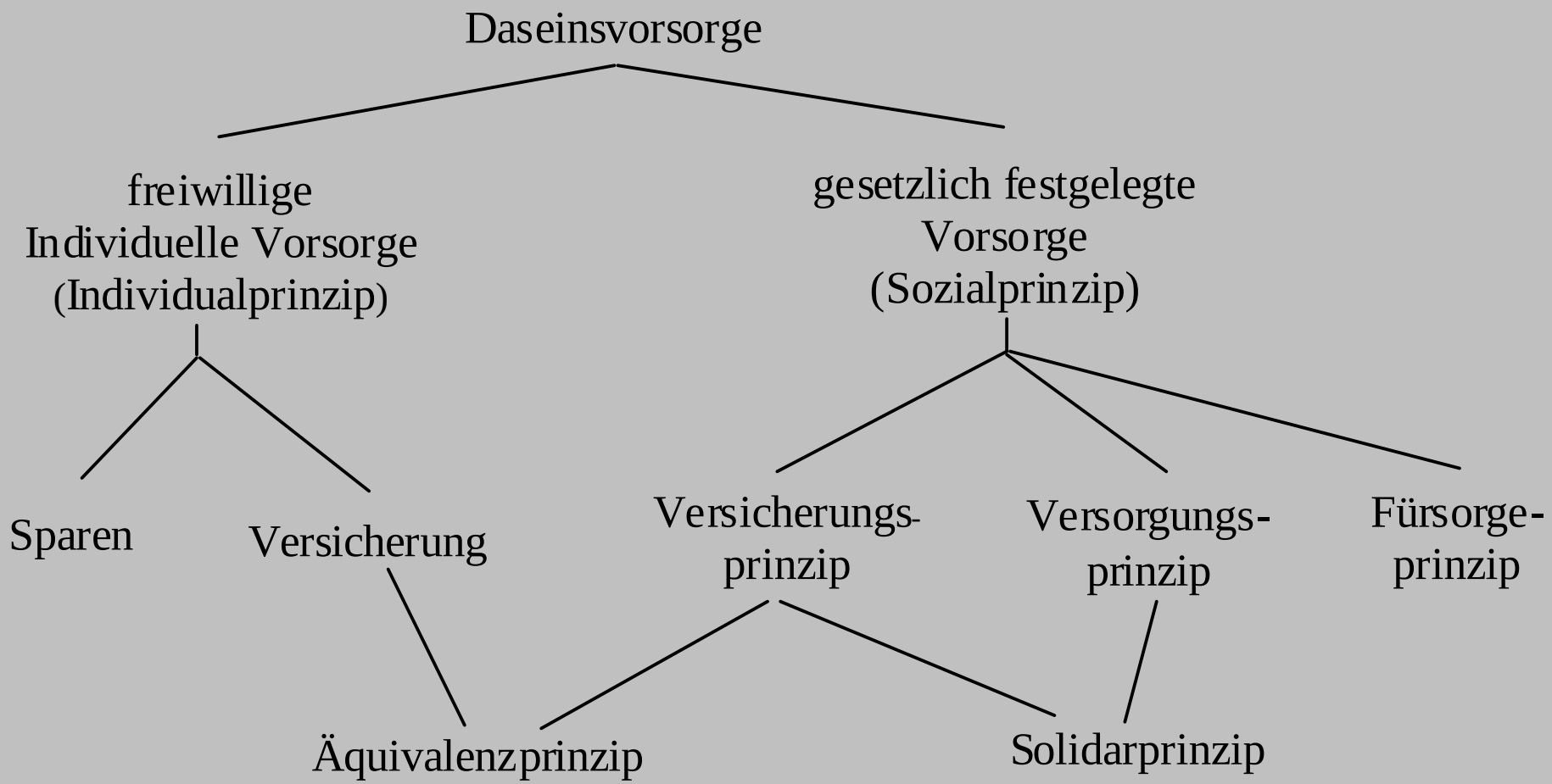
Ursachen:

(1) **Rückgang der Geburten** (1964: 1,4 Mio. 1975: 0,8 Mio.), Reproduktionsrate: 2,2 Kinder/Frau. Realität: 1,4 Kinder/Frau.

(2) **Verlängerung der Lebenserwartung:** 36/38 Jahre Jungen/Mädchen (1871), 2009 77/83 Jahre (2009);
2006: 20% >65 Jahre alt, 60% im Erwerbsalter (15 bis 65 Jahre)
2050: 30% > 65 J., 50 % im Erwerbsalter

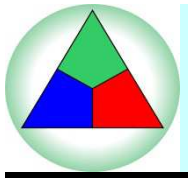
Probleme: (a) Ausdünnung ländlicher Gebiete,
(b) Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

Prinzipien und Gliederung der Sozialpolitik



Bewertung

- Wirtschaftsliberale Ökonomen sehen Sozialversicherungssysteme mit Pflichtabgaben als bevormundend an „Freiheit = Entscheidung zur Vorsorge oder nicht-Vorsorge“.
- Sie übersehen: die vielfältigen Funktionen der sozialen Sicherung, die einen wesentlichen Faktor der Kohäsion und Lebensqualität einer Gesellschaft darstellen.
  Wirtschaftsliberaler Freiheitsbegriff ist befremdlich: Sollen Schulpflicht, Gurtanschnallpflicht, Drogenverbote abgeschafft werden? Wenn nein, warum bei sozialer Sicherung??
- Der eigentliche Hintergrund: Forderung nach sinkender Staatsquote u. dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme.



Ziele sozialer Sicherungssysteme - Schaffung von:

1) **Sozialer Sicherheit** für alle (Verhinderung von materiellem **Elend u. Armut)** u. „Kultur der sozialen Teilhabe in allen Lebensphasen“;

2) **Versorgungssicherheit** bei **Krankheit** (Stand der Technik/Vorsorge);

3) **Chancengleichheit** (Ausbildung u. sozialen Aufstieg), Ausschöpfung des Humankapitals der Volkswirtschaft

4) **Verhinderung sozialer Ausgrenzung** und Diskriminierung (Sicherstellung von Teilhabe am sozial-kulturellem Leben,

5) **Solidarität** zwischen unterschiedlich Leistungsfähigen

6) **Stabilisierung der Gesellschaft** und Beitrag zur inneren Sicherheit.

Sozialbudget*

Rogall 2016

- ***Sozialleistungsquote:*** Verhältnis von Sozialbudget und BIP.

  1960/1981: relativ stetige Zunahme

  1982/1990: Abnahme

  1991/2003: Zunahme (Wiedervereinigung),

  Seit 2004: Konstant.

  Die Sozialleistungen machen einen erheblichen Anteil der Einkommen der Haushalte aus und senken das Risiko der Einkommensarmut (z.B. 2009: von 24% ohne Sozialleistungen auf 15% mit Sozialleistungen.

* **Definition**: Summe aller sozialen Leistungen des Staates und durch Gesetze verursachten Leistungen der Privaten in einer Volkswirtschaft

Rogall
2016

Prof. Dr. Holger Rogall

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

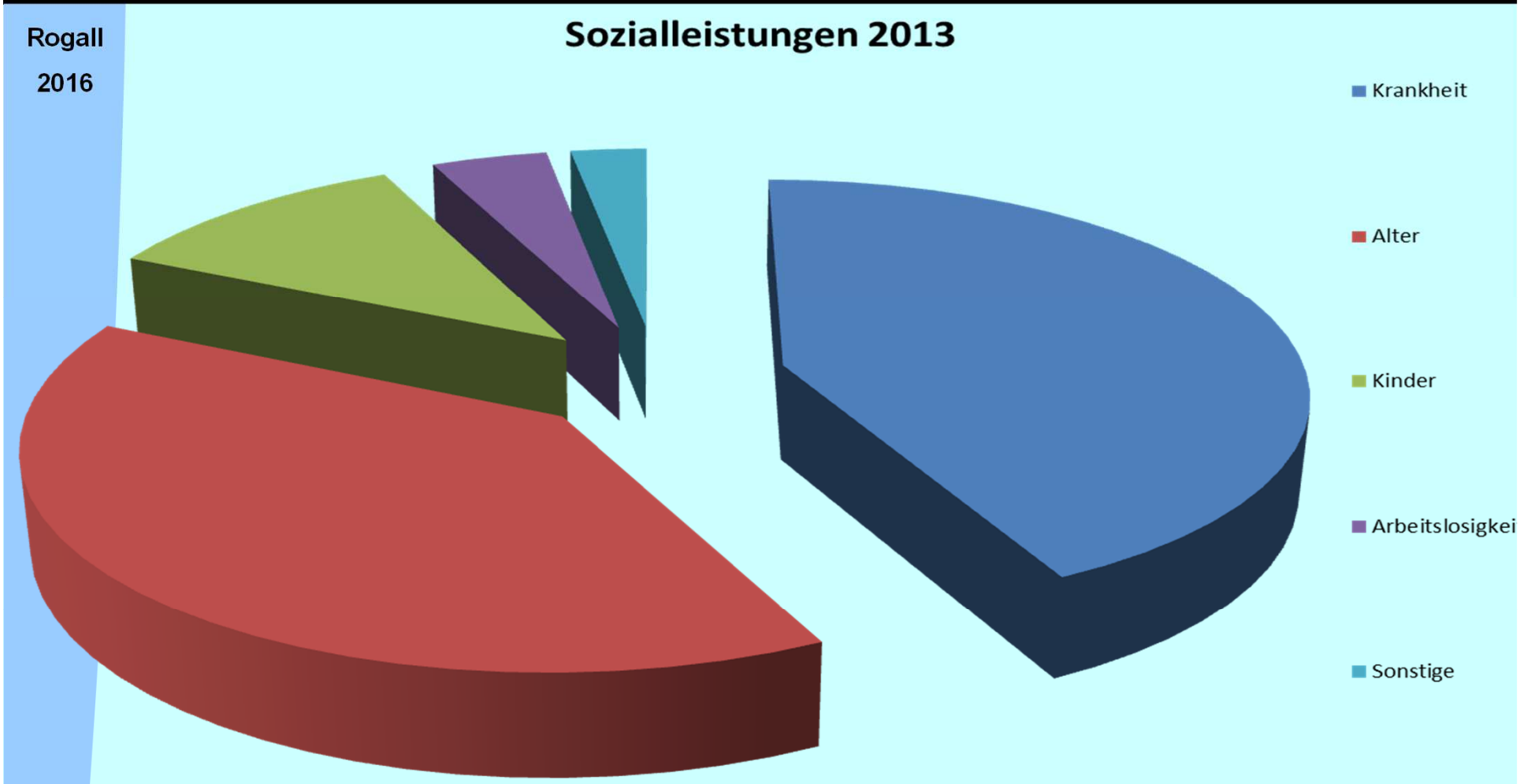
17.1 Einführung - Situationsanalyse

➔ **17.2 Die wichtigsten Sozialsysteme in Deutschland**

17.3 Entwicklungstendenzen, Probleme, Lösungsansätze

Die größten Bereiche des Sozialbudgets*

Rogall
2016



* 2013 Summe: 812 Mrd. Euro

Erstens: Gesundheit und Pflege

Rogall
2016

- Der Gesundheitssektor ist einer der größten **Wirtschaftssektoren** der Industriestaaten. Ausgaben 2012 Pro Kopf USA 8.745 USD, in Deutschland: 4.884 USD. Die Gesundheitsausgabenquote (Anteil vom BIP) 11% = eine der größten Beschäftigungssektoren (4,9 Mio. Menschen = 10% aller 40 Mio. Erwerbstätigen.

- **Größte Teil gesetzl. Krankenversicherung (GKV):** Pflichtvers**.** (fast alle Erwerbstätige u. Rentner, 51 Mio. Mitgl.; ursprünglich von 1884). **Beitragshöhe** (bis Beitragsbemessungsgrenze 2015: 4.125): AG: 7,3%, AN: 7,3% des Bruttoeinkommens. Für Selbstständige und Beamte sowie für Arbeitnehmer über einer festgelegten Versicherungspflichtgrenze (2013: 4.350,- €/Monat) besteht die Wahlmöglichkeit zwischen einer gesetzl. u. privaten KV.

GKV

- Anders als bei der Rentenversicherung existiert bei den GKV kein einheitlicher Versicherungsträger, vielmehr gibt es zahlreiche verschiedene Kassenarten und Unternehmen, u.a.:
  (1) Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK),
  (2) Betriebskrankenkassen, (3) Ersatzkassen u. (4) Privatvers.

- Leistungen: Sachleistungen (ärtzl. Leistungen, Medikamente) u. Geldleistungen (Kranken- u. Mutterschaftsgeld). Gesamtleistung GKV 2010: 165 Mrd. €.

Private Krankenversicherung (PKV)

- Die **privaten Krankenversicherungen** staffeln ihre Beiträge nach dem **Risikoprinzip** (Frauen höher als Männer, Ältere mehr als Jüngere).

  Privatversicherungen konnten sich ihre Versicherten aussuchen (am preiswertesten sind junge Menschen, die keine gesundheitlichen oder beruflichen Risiken aufweisen).

  ➔ alle Privatversicherten konnten sich der solidarischen Finanzierung entziehen und trotz höherer Leistungen einen geringeren Beitrag zahlen.

➔ Probleme nur durch einheitliche **Bürgerversicherung** lösbar?

Pflegeversicherung (GPV)

Rogall
2016

- **Grundsatz**: Jedes Mitglied einer gesetzlichen KV ist zugleich bei seiner Versicherung pflegeversichert. **Beiträge**: 1,7% des Bruttoeinkommens.
- **Leistungen**: abhängig vom Grad der Pflegebedürftigkeit, 3 Stufen. Hiermit können z.T. die Kosten für Pflegeheime oder für Pflegekräfte in der häuslichen Pflege finanziert werden. Für die familiäre Pflege wird ein Pflegegeld (205-665 € im Monat), zuzüglich Pflegesachleistungen gewährt.
- Die **Gesamtleistungen** der Pflegeversicherungen betrugen 2013 etwa 24 Mrd. €.

Zweitens: Alterssicherung

Rogall 2016

- **Unterscheidung in (1) die gesetzliche Rentenversicherung, (2) Systeme des öffentlichen Dienstes u. (3) die Sondersysteme**
- **Gestzl Rentenvers. (GRV):** Pflichtversicherung für sozialversicherungspfl. Arbeitnehmer (ursprünglich von 1889): ca. 27 Mio. (Beamte, Selbstständige, Kapitaleinkommensbe. Abgeordnete sind *nicht* Mitgl.).
- **Beitragssatz** (2013, bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 72.600 € (alte Bundesländer): 18,7% des Bruttoeinkommens, jeweils Hälftig von Arbeitnehmern u. Arbeitgebern zu zahlen.
- Die **Gesamtleistungen der GRV:** 263 Mrd. € (2013), Deckungslücke wird durch Bundeszuweisungen finanziert (18 Mrd. € durch die Ökologische Steuerreform).

Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)

- ***Leistungen* der GRV**: (1) Zahlung von Renten an Versicherte und Hinterbliebene bei Invalidität, Alter bzw. Tod und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit, (2) Maßnahmen zur gesundheitl. Verbesserung.

- **Die *Höhe der Renten*** wird nach einer **Rentenformel** berechnet: (1) frühere Beitragszahlungen, (2) Ersatz- und Ausfallzeiten, (3) Renteneintrittsalter.

- Bis Ende der 1990er Jahre **Einbeziehung der Einkommens-steigerungen** der Volkswirtschaft (jährl. Rentenerhöhung wie Nettoeinkommenserhöhung, bis 1998 wie die Bruttoeinkommen). Seit 1998 mehrfache Änderung der Rentenformel.

Drittens: Vorsorge für Arbeitslosigkeit

Rogall
2016

- **Gesetzl. Arbeitslosenversicherun (ALV):** Pflichtvers. Für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.
  Aufgaben: (1) sozialvers. Arbeitnehmer eine begrenzte Zeit vor Armut zu schützen (2) umfassende Arbeitsvermittlung und -förderung zu organisieren.

- **Beiträge:** 3,3% des Bruttolohnes (bis Beitragsbemessungsgrundlage 2013: 72.600 €)

- **Leistungen**:
  (1) Geldleistungen (Arbeitslosengeld),
  (2) Sachleistungen (z.B. Weiterbildungsmaßnahmen).

ALV

Rogall

2016

- **Anspruch auf Arbeitslosengeld**:

  Jeder Versicherte, der innerhalb der letzten drei Jahre mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat.

  Zeitraum Arbeitslosengeldzahlung: abhängig von Beitragszeiten

  Höhe: 67% (bei Arbeitslosen mit Kindern) bzw. 60% (Arbeitslose ohne Kinder) des letzten durchschnittlichen Nettoverdienstes (bis zur Beitragsbemessungsgrenze).

  Anschließend Arbeitslosengeld II.

Sozialpolitik aus Steuergeldern und der Arbeitgeber

Rogall
2016

***(1) Mindestsicherung*: wird in Deutschland allen Menschen aus Steuermitteln gewährt (Sicherung grundlegender Lebensunterhalt).**

(a) *Arbeitslosengeld II* (*Hartz-IV)* nach dem SGB II (zweites Sozialgesetzbuch): für Menschen im erwerbsfähigen Alter 16-64 Jahre die Arbeitslos sind und kein Arbeitslosengeld mehr beziehen und kein Vermögen besitzen oder einkommensstarke Familienangehörige. 2015: 399,- €/Monat. Zzgl. Miete und Heizung.

(b) *Mindestsicherung im Rahmen der Sozialhilfe (*SGB XII), laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie laufende Grundsicherung im Alter und dauernde Erwerbsminderung.

(c) Sonstige: Asylbewerber, Kriegsopferfürsorge.

Sozialpolitik Arbeitgeber

Rogall
2016

(2) Sozialleistungen der Arbeitgeber: Auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen sind die Arbeitgeber verpflichtet, für ihre Arbeitnehmer Sozialleistungen zu erbringen (z.B. Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall). Darüber hinaus gewähren einige Unternehmen freiwillige Leistungen, um die Bindung ihrer Mitarbeiter zu ihnen zu erhöhen (z.B. betriebliche Altersrenten). Der Anteil der Arbeitgeberleistungen ist von 10% auf 8% des Sozialbudgets (1991/2011) gesunken.

(3) Weitere Teile der Sozialpolitik: z.B. Familienpolitik und das Wohngeld.

Rogall
2016

Prof. Dr. Holger Rogall

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

17.1 Einführung - Situationsanalyse

17.2 Die wichtigsten Sozialsysteme in Deutschland

➔ 17.3 Entwicklungstendenzen, Probleme, Lösungsansätze

Sozialstaat: Abbau oder Aufrechterhaltung

Rogall
2016

- Solange die wirtschaftl. Wachstumsraten für alle höhere Einkommen ermöglichten, wurden höhere Sozialleistungen zwar von neoliberalen Autoren kritisiert, aber von keiner Regierungsmehrheit gesenkt.

- Diese Situation hat sich seit den 1990er J. gewandelt: Auseinandersetzung zwischen: deutliche Senkung der Sozialleistungen pro Empfänger versus Erhalt des Solidaritätsprinzips. Diese Entwicklung hat nicht nur mit dem erstarken neoliberaler Positionen seit den 1980er Jahren zu tun, sondern auch mit einer Reihe von problematischen Entwicklungen, für die eine zukunftsfähige Sozialpolitik eine Antwort finden muss

Probleme: (1) Demografischer Wandel, Beispiel Deutschland

Rogall 2016

a) **Lebenserwartungssteigerung**: Verdoppelung in letzten 100 J. (1871: 36/38 Jahre Männer/Frauen, 2006: 77/82 Jahre). Ein 60-jähriger Mann hat heute eine (Rentenrelevante) Lebenserwartung von 21 Jahren, eine 60-jährige noch weitere 25 J. ➔ 9-12 Jahre länger als 1871.

b) **Rückgang der Geburtenraten*:*** heute liegt sie unterhalb der Reproduktionsrate (ca. 2,1 Kindern pro Frau, Deutschl.: 1,4 Kinder).

c) **Verschlechterung des *Altenquotient*** (Verhältnis von Menschen über 65 Jahre zu Menschen zwischen 20 und 64, sog. Erwerbsalter).
2006: 60% im Erwerbsalter, 20% älter als 64 J.
2050: 50% im Erwerbsalter, 30% älter als 64 J.
➔ immer weniger Menschen im Erwerbsalter müssen für immer mehr Menschen im Rentenalter sorgen. Zusätzlich werden

d) die ***Krankheitskosten*** weiter steigen, da ältere Menschen biologisch bedingt deutlich häufiger und schwerer erkranken als jüngere.

Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

(2) Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse*:*

(a) Massenarbeitslosigkeit ➔ Mitfinanzierung durch Erwerbstätige

(b) Umwandlung 1992/2005 von Normal-Arbeitsplätze in **prekäre Arbeitsplätze** für die weniger Sozialversicherungsschutz besteht.

➔ Gefahr einer abwärts gerichteten Spirale

(3) Versicherungsfremde Leistungen (Zahlung von Transferzahlungen ohne Beiträge: Bauern, Mütter):

Leistungsausweitung kann politisch erwünscht und sinnvoll sein, müsste aber aus Steuern finanziert werden.

Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

Rogall

2016

(4)* Durchlöcherung des Solidarprinzips*: Die höheren Einkommensbezieher (Selbstständige, Kapitaleinkommensbezieher, Beamte) können sich der Finanzierung der Sozialsysteme entziehen.

➔ Private u. staatl. Sondersysteme können eine erheblich höhere Versorgung ermöglichen, gleichzeitig steigen die Sozialabgeben der Sozialversicherungspflichtigen höher, als dies bei einer Versicherung für alle Bürger notwendig wäre. So konnten die Privatkrankenkassen Jahrzehnte lang Kohorten bilden, die jünger als der Durchschnitt aller Versicherten waren und gesünder lebten, sich aber nicht an der solidarischen Finanzierung des Krankenkassensystems beteiligten.

Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

(5) Technischer Fortschritt unterdurchschnittliche Produktivitäts-steigerung: Der technische Fortschritts bringt in diesem Sektor keine Kostenentlastung, die Produktivitätssteigerungen sind unterdurchschnittlichen (Ärzte und Pflegepersonal können nicht durch Roboter ersetzt werden) nehmen die Gesundheitskosten zu.

***(6) Preisdiktat der Pharmaindustrie*:** Auf dem Pharmamarkt existiert kaum Wettbewerb, Pharmakonzerne sind aufgrund des Patentrechts oft in einer Monopolsituation). Seit 2011 müssen die Pharmahersteller über die Preise verhandeln, für eine Bewertung ist es noch zu früh.

Maßnahmen zur Stabilisierung

Rogall
2016

- Die **Leistungsdauer** für Arbeitslosengeld I wurde deutlich reduziert.
- Die **Leistungshöhe** für Langzeitarbeitslose wurde reduziert (heute Beschränkung auf Bedürftige je nach Familienstand).
- Die **Zumutbarkeitsregelung** wurde erheblich verschärft (Langzeit-arbeitslose müssen jede angebotene Stelle annehmen.
- Einführung eines **Nachhaltigkeitsfaktors**, mit dem die demografische Entwicklung in die Rentenformel integriert wurde.
- Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis 2029.

➔ *Folgen*: Stabilisierung der Beitragssätze, aber Verminderung der Sozialstandards

Bewertung

Rogall
2016

- Die Ausgaben der Sozialversicherungen steigen wegen:

  längerer Rentenzeiten und höherer Krankheitskosten.

  Die Einnahmen steigen nicht ausreichend u.a. aufgrund des Rückganges jüngerer Erwerbstätiger und dem Wandel von Normal-Arbeitsverhältnissen in prekäre Arbeitsverhältnisse.

- Aufgrund des zunehmenden Finanzierungsproblems fordern wirtschaftsliberale Autoren einen „konsequenten Umbau“ des sozialen Sicherungssystems, meinen damit aber insbesondere einen Abbau der Leistungen der GKV´n und die Entlastung der Arbeitgeber. Welche Lösungsansätze existieren?

Diskussion der Lösungsansätze

Rogall
2016

1) RV- Einnahmen

a) Teil der Einnahmen der Ökologischen Steuerreform (18 Mrd. €) dient der Mitfinanzierung der Renten;

b) Nicht mehr die Beiträge zur Altersvorsorge, dafür aber stufenweise alle Alterseinkommen werden besteuert.

2) RV - Ausgaben:

(a) Nettolohnprinzip statt Bruttolohnprinzip

(b) Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors

(c) Erhöhung der Altersgrenze (von 65 auf 67 J., später 70 j.?)

➔ Viele Menschen können nicht bis 67 J. arbeiten andere aber schon.

Durchgeführte Stabilisierungsmaßnahmen

Rogall
2016

3) Krankenversicherung:

(a) Einführung von Zuzahlungen für Medikamente,

(b) Verpflichtung der Apotheken auf preiswerteste Medikamente

(d) Einführung eines Gesundheitsfonds (einheitlicher Beitragssatz)

(e) Beitragserhöhung auf 15,5% (zzgl. Zusatzbeitrag wenn nötig). Die Arbeitgeber Beiträge wurden eingefroren.

4) Forcierte Einwanderungspolitik: Einige Autoren sehen die einzige Lösung des demografischen Problems in einer verstärkten Einwanderungspolitik. Diese zusätzlichen jungen Menschen sollen die heutige Alterspyramide stabilisieren und die befürchteten Einnahmeausfälle kompensieren ➔ Potential begrenzt

Diskussion Lösungsansätze

5) ***Anhebung der Geburtenraten*****:** Direktes Mittel existiert nicht.

Bewertung**:** Allerdings zeigen die skandinavischen Länder und Frankreich, dass mit einer Familienpolitik, die es ermöglicht Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren (Ganztags Kindergärten und –Schulen) auch die Geburtenraten zunehmen.

6) ***Einhaltung des Generationenvertrages*****:** Ein zukunftsfähiger Generationenvertrag ist immer ein Dreigenerationenvertrag. Vorleistung durch erwerbstätige Generation (Erziehung) und Rückzahlung an Ältere. ***Bewertung*****:** Beiträge und Renten nach der Leistungserbringung (Kinderzahl) zum Gesamtsystem staffeln.

Diskussion Lösungsansätze

Rogall
2016

7) *Stärkere Steigerung der Produktivität*:

Ist die Diskussion überzogen? Vergleich mit 19. Jh.

Heute können die 2% in der Landwirtschaft Deutschlands Tätigen durch den technischen Fortschritt die gesamte Bevölkerung ernähren,

***Bewertung*:** Das Problem besteht **NICHT** in der Produktion, sondern wie die Verteilung (Bezahlung) dieser Produkte zu sichern sein wird. Wenn in den dann (fast) menschenleeren Fabriken keine Beschäftigten mehr Beiträge zahlen, können auch keine Renten ausgezahlt werden. Die Frage stellt sich also, wie die Unternehmen künftig zur Finanzierung der Sozialsysteme herangezogen werden können, ohne dass sie ihre Produktionsstätten verlagern

Diskussion Lösungsansätze

Rogall
2016

8) ***Verlängerung der Lebensarbeitszeit:*** Das Renteneinstiegs-alter von 65 J. auf 67 J. heraufgesetzt. Nur wer über 45 Jahre einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen ist kann mit 63 Jahren Rente beantragen (wer seit dem 17. Lebensjahr gearbeitet hat).

Bewertung: Die Lebensarbeitszeiterhöhung wird in Deutschland nicht sehr sachlich geführt, während die meisten der körperlich anstrengenden Berufe eine Lebensarbeitszeiterhöhung völlig unsinnig erscheinen lässt, existieren durchaus Berufe in denen Menschen gerne länger als bis 65 oder 67 Arbeiten möchten. Insofern ist eine weitere Flexibilisierung, vielleicht bis 70 mit zusätzlichen Anreizen zu prüfen

Diskussion Lösungsansätze - *Bewertung*

Rogall
2016

- Vorwurf, die Politik tue nichts ist *nicht* berechtigt.
- Bei dieser Gelegenheit wurde das Solidaritätsprinzip ausgehöhlt.
- Viele Autoren befürchten daher in einigen Jahren eine *dramatische Altersarmut*. Rentenniveau könnte bis 2030 auf 43% sinken (bei 45 Beitragsjahre). Auch könnte die Erhöhung der Altersgrenze zu einer Senkung der Renten führen (da sie nicht so lange arbeiten können).
- So werden alle Menschen, die heute weniger verdienen (z.B. Niedriglohn- und Teilzeitbeschäftigte), im Alter auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sein. Für diese Menschen lohnt sich eine private Altersvorsorge nicht. Daher werden weitere Maßnahmen diskutiert

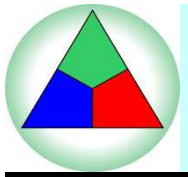
Bewertung radikaler Lösungsansätze

Rogall
2016

(1) *Wechsel von Generationenvertrag auf Kapitaldeckung*:

Diese Umstellung hört sich zwar im ersten Augenblick sehr schlüssig an (zu den angegebenen Vorteilen s. Neumann, Schaper 2008: 172), beinhaltet aber eine *Reihe von Problemen*:

(a) *Doppelte Beitragslasten*: Die Beitragszahler müssen doppelte Beiträge zahlen: für die heutigen Rentner ***und*** für die eigenen Renten, Doppelte Beiträge würden die Rentenbeiträge von heute rund 20% auf etwa 40% steigern, ein Vorschlag, der nur über Jahrzehnte zu realisieren ist.



Bewertung radikale Lösungsansätze

(b) Renten müssen immer von der *aktiven Generation* erarbeitet werden: Die Güter für die Nicht-Erwerbstätigen müssen immer – egal nach welchem Prinzip – von den gerade Erwerbstätigen erarbeitet werden (mit den eingezahlten Sparbeiträgen der Pensionsfonds werden oft keine Investitionen finanziert sondern Staatsanleihen, deren Zinszahlungen die später Erwerbstätigen über ihre Steuern doch finanzieren müssen). So werden aus den Kapital basierten Systemen doch Umlage finanzierte (bei den kapitalbasierten allerdings mit Gewinnentnahmen durch die privaten Eigner), es entsteht eine Kapital-Illusion. Allerdings verläuft die Verteilung bei einem Kapitalverfahren i.d.R. problemloser.

Bewertung radikale Lösungsansätze

Rogall
2016

(c) *Unsicherheit der Kapitaldeckung*: Wie unsicher ein Kapitaldeckungsverfahren ist, zeigt das US-Beispiel (Börsencrash 2002 und 2008/09). Nach Schätzungen des staatlichen Garantiefonds PBGC klafft in den betrieblichen Pensionskassen der USA eine Finanzlücke von 450 Mrd. US-Dollar.

➔ Kapitaldeckungsverfahren sind nur dann sicher, wenn garantiert werden kann, dass die Nachfrage am Kapitalmarkt (nach Aktien, Immobilien usw.) mindestens konstant bleibt. Das ist aber angesichts sinkender Bevölkerungszahlen in Europa nur möglich, wenn das Kapital global investiert wird und so andere Kontinente künftig die Renten Europas erarbeiten (ist das sicher?).

Bewertung radikale Lösungsansätze

(2) *Laufende Anpassung der Sozialsysteme*:

Bleibt es bei dem Generationsvertrag, exstieren modellartig zwei Möglichkeiten der Anpassung des Renten- bzw. des gesamten Sozialrechts an die demografische und Erwerbstätigenentwicklung:

(a) die *Beiträge der Beitragszahler werden konstant gehalten*,

- ➔ Sozialleistungen müssen entsprechend der demografischen und wirtschaftl. Entwicklung sinken.
- ➔ Absenkung z.B. der Renten auf unter 40% der Erwerbseinkommen
- ➔ Altersarmut

Bewertung radikale Lösungsansätze

Rogall

2016

(b) die *Sozialleistungen* werden auf dem *heutigen Niveau* gehalten,

z.B. Rentenniveau und Vollversorgung im Krankheitsfall.

➔ Stetig steigende Beiträge (Alterslastquotienten, Krankheitskosten)

➔ Schwarzarbeit, Rationalisierungsmaßnahmen, Verlagerung

(c) *Sozialleistungen* werden auf dem *heutigen Niveau* gehalten

aber die Arbeitgeberbeiträge Eingefroren:

➔ Die Beiträge der AN steigen noch deutlicher

***Bewertung*:** Alle drei Varianten scheinen nicht tragfähig zu sein.

Bewertung radikale Lösungsansätze

(3) *Staatliche Mindestrente aus Steuermitteln*:

Einheitliche Rente an alle Bürger aus Steuermitteln. Meistens wird hierfür eine Finanzierung über die Umsatzsteuer empfohlen.

Bewertung: Bürgerrente könnte nur eine geringe Höhe aufweisen und würde den Zwang zur deutlich verstärkten Eigenvorsorge in sich bergen. ➔ Unterform des Kapitaldeckungsverfahrens (Probleme s.o.).

➔ Keine ausreichende Privatvorsorge,

➔ Altersarmut wird wieder zum „Regelfall“.

Bewertung radikale Lösungsansätze

(4) ***Kopfpauschale mit Sozialausgleich*:** Neoliberale Autoren fordern *Kopfpauschale*, bei der jeder Beitragszahler und die Arbeitgeber nur einen einheitlichen Beitrag zu zahlen hätte.

➔ Unteren Einkommensbezieher müssten mehr zahlen und die Beiträge würden nicht ausreichen

➔ Ausgleich aus Steuermitteln (ca. 35 Mrd. €), hierzu müsste

- der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer auf 100%
- oder alle Steuersätze um 5%-Punkte steigen (BMF).

***Bewertung*:** Hintergrund: Versuch das Solidaritätsprinzip der Sozialsicherungssystem abzuschaffen („die Krankenschwester soll soviel zahlen wie der Chefarzt“).

Bewertung radikale Lösungsansätze

Rogall
2016

(5) Finanzierung aus Steuermittel (analog Skandinavien)

- Eine Erhöhung der Umsatzsteuer um einen Prozentpunkt (vorausgesetzt der Konsum geht nicht zurück und die Bundesländer verzichten auf ihren Anteil der Erhöhung) ➔ 8 Mrd. €

➔ Erhöhung um 5%-Punkte um versicherungsfremde Leistungen zu finanzieren und den Beitragssatz um 4%-punkte zu senken.

***Bewertung*:** Erhöhung der Umsatzsteuer (z.B. von 19 auf 25%) ohne Kompensation der Abgaben könnte zu Nachfrageeinbrüchen führen.

➔ Besser Senkung Sozialversicherungen bei Mwst- Erhöhung, da dann viele zahlen müssten, die bislang nicht an der Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen beteiligt werden (Beamten, Abgeordnete, Kapitaleinkommensbezieher).

Bewertung und Zwischenfazit

Rogall
2016

Alle Modelle bergen erhebliche Probleme ➔ Mischstrategie

(a) *Einbeziehung des sog. Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenformel*

(b) Finanzierung der gesamten versicherungsfremden Leistungen durch *Steuermittel* (z.B. einer weiterentwickelten ÖSR und Erhöhung der Umsatzsteuer), dass gilt für alle Sozialversicherungen, also auch für die Arbeitslosen-, Krankenkassen- und Pflegeversicherung).

(c) Änderung der Lebensstile zur Verminderung Zivilisationskrankheiten.

➔ *Zwischenfazit:* Bürgerversicherung, in der alle Bürger pflichtversichert sind. Ihre Beiträge müssten sich bis zur Beitragsbemessungsgrenze nach der Summe ihrer Gesamteinkommen errechnen (inkl. Kapital-, Renten-, Immobilieneinkommen usw.)

Zusammenfassung und Schlussfolgerung

- Auf eine vorsorgende Sozialpolitik und aktive Integrations- und Gleichstellungspolitik kann nicht verzichtet werden,
  denn der Markt und die einzelnen Wirtschaftsakteure können keine ausreichende Vorsorge gegen Erwerbsunfähigkeit aufgrund von Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. schaffen.

  ➔ Der Staat muss eingreifen, um die Verarmung und Verelendung breiter Gesellschaftsschichten zu verhindern. Die dramatischen Folgen eines eklatanten Marktversagens sind in vielen unterentwickelten Staaten zu beobachten.

Quellen

- Baßeler, U.; Heinrich, J.; Utecht, B. (2010): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, 19. Auflage, Stuttgart.
- BMAS (2012/09): Lebenslagen in Deutschland, der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Entwurf, Broschüre.
- Neumann, L.; Schaper, K. (2008): Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Rogall, H. (2011): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre, Marburg.
- Rogall, H. (2013): Volkswirtschaftslehre für Sozialwissenschaftler, 2. Aufl., Wiesbaden.